

## Rückenwind für Rechtsextreme

Das bei der Landtagswahl 15 Prozent der ErstwählerInnen ihr Kreuz bei der DVU machten, war nicht überraschend. Rechtsextremismus ist in Brandenburg keine Randerscheinung. Kameradschaften versuchen sich in Kommunalpolitik, Ladengeschäfte staffieren Jungrechte mit nordischer Mode aus, nationales Liedgut wird unter [www.schulhof.net](http://www.schulhof.net) angeboten. Wo sie sich als Bürgerbewegung tarnen, stoßen RechtsextremistInnen allzu oft auf Zustimmung. Denn viele BürgerInnen meinen, dass Leute, die keine weiße Hautfarbe und christliche Erziehung haben, nicht der deutschen Kultur angehören. Die rechten Schläger sehen sich als „Vollstrecker des Volksempfindens“. Um die Gewalt einzudämmen, muss man ihnen diese Zustimmung nehmen. Wer Hass predigt und wer MigrantInnen angreift, muss bestraft und gesellschaftlich geächtet werden. Es gibt überall in Brandenburg Menschen, die diesen Grundsatz verteidigen – oft genug stehen sie allein da. Die Politik sollte sie stärken! Stattdessen biedern sich hochrangige Politiker bei den Rechtsextremen an. Der CDU-Fraktionsvorsitzende sagte über die 1.600 Neonazis, die am Soldatenfriedhof in Halbe die Waffen-SS ehrten, die meisten seien keine dumpfen Krawallmacher, und normale Gefühle wie der Stolz auf das Heimatland dürften nicht länger verpönt sein. Der Innenminister erklärte die ausländerpolitischen Forderungen der DVU zum Allgemeingut, das im Rechtsstaat jedoch nicht umsetzbar sei. Die Schläger werden sich ermuntert fühlen, das „Allgemeingut“ selbst zu vollstrecken.

Opferperspektive e.V.



Falsche Nazis in Potsdam, 30.10.2004

### NAZI-AUFMARSCH I

#### Kreativer Protest in Potsdam

Den 500 RechtsextremistInnen, die am 30. Oktober durch Potsdam marschieren wollten, wurde gleich am Bahnhof mit einem überdimensionalen Banner die Meinung gesagt: „Faschismus ist keine Weltanschauung, sondern ein Verbrechen!“

Etwa 3.000 Menschen zeigten ihren Protest auf Kundgebungen. Weil DemonstrantInnen den Zugang zur Innenstadt blockierten, mussten die Rechtsextremen stundenlang auf einem Parkplatz aus-

harren, wo sie eine bössartige Parodie zu ertragen hatten: Mit Stiefeln auf dem Kopf und unter Schafgeblöcke hielt ihnen die AG Kreativer Protest, an der sich auch die Opferperspektive beteiligte, Schilder mit abgewandelten Nazi-Parolen entgegen. Die Rechtsextremen mussten schließlich ihren Aufmarsch nach Babelsberg verlegen und verpassten deshalb den Trauermarsch, der für sie geprobt worden war: ein Hupkonzert in b-Moll, frei nach Frédéric Chopin.

### NAZI-AUFMARSCH II

#### Gespentische Szenen in Halbe

Etwa 22.000 Menschen starben im April 1945 bei Halbe, weil sich die Nazi-Generäle nicht der Roten Armee ergeben wollten. Am 13. November 2004 versammelten sich hier rund 1.600 Neonazis, um am Soldatenfriedhof Kränze für SS-Divisionen niederzulegen. Von einem Tonband rief das Oberkommando der Wehrmacht zum „Kampf bis zum letzten Atemzug“ auf. Als ein NPD-Mann

den Opfermut deutscher Soldaten pries, die sich verletzt an die Front geschleppt hatten, um für „Volk und Führer“ zu sterben, bekamen die Jungrechten feuchte Augen. Der Aufmarsch war nach juristischem Tauziehen genehmigt worden. 1.300 PolizistInnen schirmten die Veranstaltung gegen Proteste ab; mehrere Reisebusse mit GegendemonstrantInnen wurden nicht durchgelassen.

#### INHALT

**FOKUS** Biedermänner und Brandstifter  
**MONITOR** Rechtsextreme Gewalttaten 2004

**AKTIV** Thor Steinar – Die Edelmarke für Rechtsextreme

**ZUSTÄNDE** Notorische SS-Verehrung

## Biedermänner und Brandstifter

Der Märkische Heimatschutz (MHS) engagiert sich gegen eine Müllverbrennungsanlage in Oberhavel, die Bewegung Neue Ordnung (BNO) mobilisiert gegen den Autobahnbau in der Prignitz – es handelt sich aber keineswegs um Umweltschutzgruppen, sondern um die gefährlichsten rechtsextremen Organisationen Brandenburgs.

Die BNO wurde am 1. Februar 2004 gegründet, nachdem der NPD-Landesvorsitzende Mario Schulz mit seinen Gefolgsleuten die Partei verlassen hatte, weil sie ihm zu ausländerfreundlich war. Das Programm der BNO entspricht, teilweise wortgetreu, dem Statut der NSDAP. Aktiv ist die Organisation vor allem im Nordwesten Brandenburgs, wo sie mit zwei Abgeordneten im Prignitzer Kreistag vertreten ist. In Wittstock, wo die BNO einen Stadtverordneten stellt, veranstaltete sie in diesem Jahr zwei Demonstrationen; zuletzt marschierten am 14. August etwa 200 RechtsextremistInnen durch den Ort, um den Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess zu ehren.

Zu dieser Tradition bekennt sich auch der MHS, der einen „nationalen Sozialismus“ anstrebt. Die seit Januar 2002 im Nordosten Brandenburgs aktive, unter dem Vorsitz des ehemaligen NPD-Mannes Gordon Reinholz straff organisierte Truppe hat etwa 40 Mitglieder. Der MHS versteht sich als Verbund rechtsextremer Kameradschaften, die laut Verfassungsschutz in mindestens 13 Brandenburger Kommunen bestehen. In enger Zusammenarbeit mit Berliner Neonazis bietet ihnen der MHS Propagandamaterial und Schulungen an; die



Ehrung für Rudolf Hess in Wittstock, 14.8.2004

Themen reichen von IT-Sicherheit bis SS-Ideologie.

Auf das Konto von MHS- und BNO-Mitgliedern gehen schwere rechtsextreme Gewalttaten. Bei MHS-Kadern fand die Polizei Gewehre und Bomben-Baupläne sowie Karteien über politische Gegner. Um diese einzuschüchtern, publizieren Brandenburger und Berliner Neonazis auch Feindlisten. Zuletzt veröffentlichten Potsdamer Neonazis eine Internetseite, die unter der Abbildung eines Revolvers Fotos und Anschriften enthielt, unter anderem von einer Mitarbeiterin der Opferperspektive.

In den Kommunen geben sich MHS und BNO indes als sozial engagierte Bürgerbewegungen. Mit Vorliebe greifen sie Themen der Linken auf. So beteiligte sich der MHS an den Demonstrationen ge-

gen den Irakkrieg mit Flugblättern gegen den „amerikanischen Holocaust“. In einigen Orten wurden sie von den VeranstalterInnen weggeschickt. In Neuruppin hingegen mussten sich linke Jugendliche den Vorwurf der Intoleranz anhören, weil sie nicht mit dem MHS demonstrieren wollten. In Fürstenwalde ließ ein SPD-Politiker, Mitglied der Plattform gegen Rechts, den NPD-Chef Udo Voigt eine Rede halten. An diese Erfolge knüpften die Neonazis bei den Montagsdemonstrationen an, in die sie sich mit dem unauffälligen Slogan „Nein zur Agenda 2010“ einreihen. All dies ist nicht ungeschickt. Es wird noch gefährlicher, wenn Rechtsextreme versuchen, sich auf lokaler Ebene als erfolgreiche Macher zu profilieren: immer ein offenes Ohr für die Sorgen der Leute und die Interessen der Region im Blick.

Wo sich eine öffentliche demokratische Kultur entwickelt hat, können RechtsextremistInnen zwar provozieren, sich aber kaum etablieren. Doch in vielen Kommunen herrscht bei den demokratisch gesinnten BürgerInnen und Autoritäten genau jene Mischung aus Teilnahmslosigkeit und Verunsicherung vor, die für Rechtsextreme das ideale Umfeld bildet: Wenn sie nicht geächtet werden, können sie jene ansprechen, die sich nicht mit Neonazis einlassen würden, aber für holzschnittartige Parolen gegen „Asylanten“ und „die da oben“ empfänglich sind – und das sind nicht wenige.

Eine neue Broschüre über den MHS kann per Email bestellt werden: [mhs-broschuere@inforiot.de](mailto:mhs-broschuere@inforiot.de)

## Hasskultur

Die rechtsextreme Jugendkultur hat mit „RockNord“ ihre eigene „Bravo“, ihre Popstars, Bands und Brands. Ohne diesen Lifestyle wäre die rechtsextreme Szene keine Szene. Das wissen auch biedere Neonazis. Im Sommer 2004 sorgten sie mit der Absicht für Aufregung, CDs auf Schulhöfen zu verteilen. Wer sich die Songs unter [www.schulhof.net](http://www.schulhof.net) anhört, wird froh sein, dass aus der Aktion nichts wurde. Eine der Brandenburger Firmen, die CDs bekannter Szenebands wie Blue Eyed Devils produziert und vertreibt, ist das Label Hatesounds

Records in Werder an der Havel. Der Name ist Programm. Im Sortiment: Blutrausch, Foierstoss und Sturmtruppen. Dass nicht wenige der CDs indiziert sind, wird der Kundschaft stolz verkündet; Veröffentlichungen bewirbt Hatesounds mit dem Hinweis, auch diese Neuheiten könnten bald verboten werden. Als weniger absatzfördernd gilt, dass der Inhaber Sven Schneider, einst Führungskader der verbotenen Organisation Blood & Honour, auch für den Verfassungsschutz arbeitete, wie im August 2002 bekannt wurde. Aber das Geschäft geht weiter.

## Rechtsextreme Gewalttaten 2004

Die rechtsextremistische Gewalt in „Brandenburg nimmt deutlich zu“, konstatierte Jörg Schönbohm im Potsdamer Landtag am 28. November 2004. Die Polizei habe in den ersten neun Monaten dieses Jahres 75 rechtsextreme Gewalttaten erfasst, eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr, so der Innenminister. Die Angaben könnten in etwa mit den Zahlen der Opferperspektive übereinstimmen, die in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 54 rechtsextreme Gewalttaten registriert hat. Eines dieser Verbrechen ereignete sich am 17. Mai: Drei Rechtsextremisten überfielen in Frankfurt (Oder) einen Schüler und schnitten ihm mit einem Messer ein Hakenkreuz und eine SS-Rune in den Arm. Das zeugt von Menschenverachtung, es war aber nicht die brutalste Gewalttat in Frankfurt (Oder):

Nur zwei Wochen später, am 5. Juni, entführten drei Neonazis und zwei Frauen einen 33-Jährigen. Sie zwangen den Mann sich zu entkleiden, um ihn dann zweieinhalb Stunden zu erniedrigen und zu quälen. Das Opfer erlitt lebensgefährliche Verletzungen und musste in ein künstliches Koma versetzt werden.

Am 18. Juli wurden zwei schwere Gewalttaten verübt, in denen die Haupttäter Soldaten waren: An einer Bushaltestelle in Brandenburg an der Havel stach ein Oberfeldwebel einem Kenianer mit einer abgebrochenen Flasche in den Hals. Das Opfer erlitt eine tiefe Wunde, der Schnitt verfehlte die Arterie nur knapp; möglicherweise retteten zwei Frauen, die dem Täter in den Arm fielen, dem Asylbewerber das Leben. In Burg wurde am selben Tag ein 27-Jähriger von einem Soldaten derart getreten, dass er eine

Mittelgesichtsfraktur erlitt. Sein Gesicht musste mit Titanplatten wieder aufgebaut werden. Das Opfer hatte sich über „Sieg Heil!“- Rufe des Täters lustig gemacht.

Nicht alle TäterInnen können der rechtsextremen Szene eindeutig zugeordnet werden. Einige, die für schwere Gewalttaten verantwortlich sind, haben zu rechtsextremen Gruppen keinen Kontakt, teilen aber deren menschenverachtende Einstellungen – so die beiden Männer, die am 16. Juni einen schlafenden Obdachlosen im Beeskower Stadtpark anzündeten. Sie wollten das Opfer berauben; als sie nicht fündig wurden, steckten sie die Nylonjacke des Mannes in Brand. Er wurde mit schweren Verbrennungen auf die Intensivstation gebracht und in ein künstliches Koma versetzt.

## AKTIV

### Thor Steinar – Die Edelmarke für Rechtsextreme

Die Firma Mediatex aus Zeesen in Brandenburg hat mit Thor Steinar die erste Designerkollektion für Rechtsextreme etabliert. Die Qualität ist gut, das Design sportlich, die Preise hoch. RechtsextremistInnen zeigen sich in den Pullovern mit der Aufschrift „Division“ bei Aufmärschen und vor Gericht. Erhältlich ist die Ware nicht nur im einschlägigen rechten Versandhandel. In Boutiquen wie Doorbreaker, wo nicht Ideologie, sondern Umsatz zählt, hängt Thor Steinar neben Eastpak und Miss Sixty. Die Produktionsfirma gibt sich seriös, auch wenn einer der Inhaber zur rechten Szene gehört.

Im Frühjahr 2004 starteten Antifa-Gruppen eine Kampagne, um auf die Hintergründe der im Oktober 2002 registrierten Marke aufmerksam zu machen. Die Neuruppiner Staatsanwaltschaft wurde hellhörig. Im Oktober erwirkte sie einen Gerichtsbeschluss, in dem das Markenlogo als Bekenntnis zum Nationalsozialismus gewertet und verboten wurde. Das Emblem besteht aus zwei nordischen Symbolen, der Todesrunen und der Wolfsangel, die zu den Abzeichen von SA und SS gehörten. Und wer NS-Symbole zeigt, dem drohen



Verbotene Mode in Halbe, 13.11.2004

bis zu drei Jahren Haft. Der Fall wird jetzt in zweiter Instanz vor dem Landgericht Potsdam verhandelt. Dort wird unter anderem darum gestritten werden, wie exakt das Logo seinen historischen Vorbildern entsprechen muss, um strafbar zu sein. Das ist kein neues Problem. Um der Strafverfolgung zu entgehen, erfinden RechtsextremistInnen ständig Abwandlungen verbotener NS-Symbole, über

120 solcher Ersatzzeichen sind bekannt. Dass diese von kommerziell operierenden Firmen als Markenzeichen registriert werden, ist allerdings neu. Wenn in Shoppingcentern Markenware verkauft wird, die mit Nazi-Ästhetik kokettiert, hat die rechtsextreme Subkultur Eingang in die Popkultur gefunden.

Informationen: [www.thorsteinar.de/vu](http://www.thorsteinar.de/vu)



SS-Verehrung in Halbe, 13.11.2004

Während die Stadt Spremberg den 60. Jahrestag der Invasion in der Normandie im Juni 2004 mit einem deutsch-französischen Freundschaftsfest beging, gedachte der CDU-Fraktionsvorsitzende im Kreistag, Egon Wochatz, auf dem Friedhof der Gefallenen der SS-Panzerdivision Frundsberg. Junge Rechte hielten, Stahlhelme auf den Köpfen, Ehrenwache, SS-Männer legten Kränze nieder. Er nehme jedes Jahr an der Veranstaltung teil, erklärte der CDU-Mann. Als er noch Bürgermeister war, wollte Egon Wochatz ein Denkmal für die SS aufstellen. Der Stein mit der Inschrift „Unsere Ehre heißt Treue“ war schon angeliefert, nur der Stadtrat sperrte sich. 1999, als in Guben ein Algerier von Rechtsextremisten in den Tod gehetzt wurde, höhnte der Bürgermeister, Asylbewerber hätten nachts auf der Straße nichts verloren. All dies hat Egon Wochatz unbeschadet überstanden. Jetzt aber forderten der Landrat, die polnische Partnerstadt, SPD, PDS und selbst die Junge Union seinen Rücktritt. Ein SS-Verehrer könne nicht Funktionär einer demokratischen Partei sein. Aber der CDU-Kreisverband Spree-Neiße bestätigte Egon Wochatz im Amt. Eine Provinzposse? Die Potsdamer Parteiführung hat die Entscheidung gebilligt. Nach den Stimmverlusten an die DVU schiebt die CDU die Grenze dessen, was noch demokratisch legitimiert ist, tiefer in ein Milieu, in dem unter Leitkultur Herrenrasse verstanden wird. Mit dem Ausschluss des Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann hat die CDU im Bund Maßstäbe gesetzt. Wie weit aber kann man es in Brandenburg treiben, bevor man als Rechtsextremist geächtet wird?

## Neonazis im Flüchtlingsheim der AWO

Am 1. November 2004 endete in Rathenow ein Prozess, der noch Folgen haben muss. Flüchtlinge hatten sich 2002 in einem offenen Brief beklagt, dass ihre Post kontrolliert werde und der von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Asylbewerberheim eingesetzte Wachschutz Neonazis beschäftige. Die Opferperspektive drängte die AWO, sich von der Firma zu trennen, die aber stattdessen die Flüchtlinge wegen Verleumdung und übler Nachrede anzeigte. Erst als

der Verfassungsschutz bestätigte, dass vier Wachschützer der Kameradschaft Hauptvolk angehören, rang sich die AWO zur Kündigung durch – die Anzeige gegen die Flüchtlinge erhielt sie jedoch aufrecht. Im Prozess wurden die Vorwürfe des offenen Briefes bestätigt, die Angeklagten freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft erwägt nun, die Heimleitung vor Gericht zu stellen. Die AWO sollte endlich die Konsequenzen ziehen.

## Rassistische Terrorgruppe vor Gericht

Vor dem Brandenburgischen Oberlandesgericht wird erstmals eine rechts-extreme Gruppe des Terrorismus angeklagt. Die Gruppe Freikorps hat zwischen August 2003 und Mai 2004 sieben Brandanschläge auf ausländische Imbisse im Havelland verübt und dabei einen Sachschaden von 600.000 Euro verursacht. Die Rassisten sind im Juli 2004 in Nauen verhaftet worden. Ihre Anschläge folgten einer Strategie, die in

einem Statut festgehalten worden war: Die ImbissbetreiberInnen sollten ruiniert und aus der Region vertrieben werden, als Fanal einer Kampagne für ein „ausländerfreies Havelland“. Die zwölf Angeklagten sind zwischen 16 und 20 Jahren alt. Die Opferperspektive strebt mit den Geschädigten Zivilklagen an und wird im Januar 2005 die Ergebnisse einer Studie über rassistische Brandanschläge in Brandenburg veröffentlichen.

## www.opfer-rechter-gewalt.de

Mindestens 131 Menschen sind seit 1990 in Deutschland durch rechte Gewalt ums Leben gekommen. Einige Schicksale bewegten die Öffentlichkeit, viele wurden kaum zur Kenntnis genommen, vergessen sind die meisten. Die Künstlerin Rebecca Forner hat mit der Opferperspektive eine Wanderausstellung produziert, die an diese Men-

schen erinnert. Im Dezember 2004 wird sie in Hamburg und Eberswalde gezeigt, für 2005 sind bereits Stationen in Mainz, Münster und Magdeburg vorgesehen. Die Ausstellung kann bei der Opferperspektive ausgeliehen werden. Seit kurzem gibt es eine begleitende Internetseite mit Hintergrundinformationen und Angeboten für ein Rahmenprogramm.

## IMPRESSUM



Herausgeberin:  
Opferperspektive e.V.  
Schloßstr. 1  
14467 Potsdam  
Telefon: 0171-1 93 56 69  
Telefax: 01212-5-11 55 98 89  
Email: info@opferperspektive.de  
Internet: www.opferperspektive.de  
Redaktion: Jonas Frykman,  
Opferperspektive e.V.  
Gestaltung: S. Steinhof, www.rrita.de

Spendenkonto: 350 202 3041  
Mittelbrandenburgische Sparkasse  
Potsdam  
BLZ 160 500 00

Die Herausgabe dieser Publikation wurde gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms CIVITAS sowie durch das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg.

